

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Ferdinand Mang

Abg. Steffen Vogel

Abg. Dr. Markus Böhler

Abg. Gerald Pittner

Abg. Inge Aures

Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 23** auf:

**Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Uli Henkel, Ferdinand Mang u. a.
und Fraktion (AfD)**

Abkassieren der Autofahrer augenblicklich beenden! (Drs. 18/4313)

Ich eröffne die Aussprache. Auch hier stehen 32 Minuten zur Verfügung. – Erster Redner ist Herr Kollege Ferdinand Mang von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Ferdinand Mang (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren Kollegen, liebe Autofahrer! Die Autoindustrie ist eine tragende Säule der bayerischen Wirtschaft. Zu einer erfolgreichen Wirtschaft gehört aber auch, dass die Bürger die notwendige Mobilität besitzen. Unser Antrag richtet sich daher insbesondere auf die Interessen der Pendler, die zwingend auf ein Auto angewiesen sind, um täglich ihren Arbeitsplatz zu erreichen. Gerade die beruflichen Pendler sind den hohen Benzinpreisen regelrecht ausgesetzt. Die hohen Benzinpreise resultieren aber nicht nur aus dem Profitstreben der Ölkonzerne, sondern auch aus der Besteuerung durch den Staat. So entfallen zirka 60 % des Preises von Kraftstoffen auf Steuern. Das auf Bundesebene aufgelegte "Klimaschutzprogramm 2030" trifft also in besonderem Maße die Pendler, da dieses eine weitere Verteuerung von Benzin und Diesel vorsieht.

So sind die Überlegungen des Bundesumweltamtes, die Preise um bis zu 70 Cent pro Liter zu erhöhen oder gar die Pendlerpauschale abzuschaffen, gerade für Geringverdiener oder Alleinerziehende eine unzumutbare Härte.

Ich habe es bereits heute Morgen in der Haushaltsdebatte angesprochen:

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ihr CSU-Kollege Ulrich Lange im Bundestag, der für die CSU-Fraktion für den Verkehr zuständig ist, hat sich auf die Fahne geschrieben – ich zitiere –, "mit Innovationen und Ideen den Wechsel vom Autoschrauber zum Mobilitätsdienstleister voranzutreiben." Dabei ist nach seinen Worten die Elektromobilität eine wichtige Zukunftstechnologie. Was bedeutet diese Aussage Ihres für den Verkehr zuständigen Fachpolitikers? – Sie bedeutet nichts anderes, als dass Sie die Zerstörung eines Wirtschaftszweiges vorantreiben wollen, auf den vor allem sozial Schwache angewiesen sind; denn wer repariert denn kostengünstig Gebrauchtwagen? – Gerade die von Ihnen als "Autoschrauber" betitelten Kfz-Mechaniker und Werkstattmeister geben damit geringverdienenden Pendlern die Möglichkeit, ihre Familien selbst zu ernähren.

(Beifall bei der AfD)

Doch genau diesen Wirtschaftszweig und diese Möglichkeit des Pendelns für Geringverdiener wollen Ihre Kollegen im Bundestag mit dieser Politik zerstören; denn nichts anderes steckt in der Aussage Ihres Kollegen in Berlin, den Wechsel des Autoschraubers zum Mobilitätsdienstleister voranzutreiben.

Wir hingegen wollen den sozial schwachen Pendlern die Möglichkeit erhalten, sich und ihre Familie weiterhin selbst zu ernähren, und dem Autoschrauber die Freude an seinem Beruf; denn der Autoschrauber möchte vielleicht gerade kein Mobilitätsdienstleister werden, sondern stolzer selbstständiger Kfz-Mechaniker oder Werkstattmeister bleiben.

(Beifall bei der AfD)

Bei solchen Vorhaben der CSU wundert es mich nicht, wenn der Verband der Automobilindustrie prognostiziert, dass bis 2030 mindestens – die Betonung liegt auf "mindestens" – 70.000 Arbeitsplätze wegfallen.

Sie, liebe Kollegen von der CSU, beschweren sich, dass wir der CSU grüne Politik unterstellen. Doch wenn Sie wegen des vermeintlichen Klimaschutzes aus reiner Ideolo-

gie ohne fundierte wissenschaftliche Grundlage Zigtausende Arbeitsplätze, ja ganze Industriezweige zerstören wollen, dann ist das grüne Politik.

Wir wollen den von Ihnen als "Autoschrauber" bezeichneten Wirtschaftszweig erhalten und den Pendlern den Weg zur Arbeit weiterhin ermöglichen. Wir fordern daher das Bekenntnis des Landtags zur freien Mobilität und zum Auto, Senkung der Steuern auf Kraftstoffe und die Erhöhung der Entfernungspauschale auf 45 Cent pro Kilometer; denn wir von der AfD wollen freie Fahrt für freie Bürger. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist für die CSU-Fraktion der Kollege Steffen Vogel.

Steffen Vogel (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag ist wieder ausgesprochen schlecht. Der Kollege Mang hat den größten Teil seiner Redezeit überhaupt nicht zu dem Antrag gesprochen, sondern zu irgendwelchen Aussagen, die angeblich im Bundestag gefallen sind.

Ich konzentriere mich auf den Antrag. Sie fordern eine Absenkung der Mineralölsteuer. Wir halten das für das vollkommen falsche Signal in der heutigen Zeit. Sie leugnen zwar den Klimawandel; damit sind Sie aber die Einzigen in diesem Land.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Das stimmt nicht! Das habe ich Ihnen schon drei Mal gesagt!)

Es ist wohl unbestritten, dass auch der Mensch Anteil an dieser Entwicklung hat. Deshalb muss es das Ziel aller sein, den Verbrauch fossiler Brennstoffe und von Ressourcen zu senken, dass wir weniger konsumieren. Deshalb ist es richtig, dass es die Mineralölsteuer gibt, und deshalb ist es auch richtig, dass man eine äußerst moderate Erhöhung im Rahmen des Programms, das Sie geschildert haben, vorsieht. Wir reden von 3 Cent. Die eine Seite des Landtags wird in der Aussprache gleich sagen, dass

das viel zu wenig ist. Wir sehen Maß und Mitte. Sie fordern die Absenkung der Mineralölsteuer; andere fordern 70 Cent auf Diesel, 46 Cent auf Benzin. Das wollen wir nicht, weil wir wissen, dass Bayern ein Land der Pendler ist. Wir müssen die Menschen weiterhin dazu anhalten, zur Arbeit zu fahren, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Dazu brauchen sie aber auch Straßen. Die Mineralölsteuer dient im Kern dem Erhalt und dem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. Wenn wir die Mineralölsteuer absenken, fehlt uns das notwendige Geld, um die Straßen in einem ordentlichen Zustand zu erhalten, damit die Pendler überhaupt zu ihren Arbeitsplätzen fahren können.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich fasse zusammen: Wir lassen uns von Ihnen nicht unterstellen, wir würden die Automobilindustrie kaputt machen. Der Ministerpräsident hat es mehr als deutlich gemacht, auch hier im Hause, dass wir zu unserer Automobilindustrie stehen. Wir wissen, was wir an der Automobilindustrie und an der Zulieferindustrie haben. Wir müssen Ökologie und Ökonomie vereinen. Wir müssen Innovationstreiber sein, wir müssen das Automobil der Zukunft bauen.

Wir sind auch davon überzeugt, dass die Elektromobilität alleine nicht ausreicht, um die Mobilität unserer Bevölkerung sicherzustellen. Wir werden auch konventionelle Kraftstoffe haben. Wir lassen uns von Ihnen nicht unterstellen, wir wären die Totengräber der Automobilindustrie. Ganz im Gegenteil: Wir stehen zu unseren Automobilherstellern in Bayern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es gibt manche im Deutschen Bundestag, die wollen, dass man die Pendlerpauschale abschafft. Wir wollen sie nicht abschaffen. Es war ein Ziel und Anliegen der CSU, die Pendlerpauschale zu erhöhen. Da gab es auch Gegenwind. Wir hätten uns eine stärkere Erhöhung gewünscht; aber Politik ist immer auch ein Kompromiss. 3 Cent Erhöhung bei den Kraftstoffen, aber eine Erhöhung der Pendlerpauschale ab dem 21. Kilometer um 5 Cent sind 15 % Erhöhung. Wenn man die Pendlerpauschale so erhöhen

würde, wie Sie fordern, hätten wir eine Überkompensation. Das wollen wir nicht. Wir wollen nach wie vor Anreize setzen, dass sich die Menschen Fahrzeuge kaufen, die weniger verbrauchen, um so die Umwelt zu schonen.

Wir lehnen Ihren Antrag ab. Wir brauchen die Mineralölsteuer. Wir brauchen auch Anreize dafür, dass die Menschen klimafreundlich mobil sind.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Ich erteile dem Kollegen Mang das Wort zu einer Zwischenbemerkung.

Ferdinand Mang (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Herr Kollege Vogel, das von mir gebrachte Zitat, den Wechsel vom Autoschrauber zum Mobilitätsdienstleister voranzutreiben, kam nicht von irgendeinem CSU-Politiker im Bundestag, sondern das ist ein offizielles Statement Ihres für Verkehr zuständigen Fachpolitikers auf der Internetseite der CSU/CDU-Fraktion.

Noch etwas zum Klimawandel: Wir bestreiten nicht den Klimawandel. Den Klimawandel hat es schon immer gegeben. Wir haben bloß starke Zweifel daran, dass der Mensch ihn durch CO₂-Ausstoß maßgeblich mit beeinflusst. Darum dreht sich der ganze Streit. Sie werfen uns immer pauschal vor, grundsätzlich den Klimawandel anzuzweifeln. Das tun wir nämlich nicht.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Vogel.

Steffen Vogel (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Also, zum Thema "vom Autoschrauber zum Mobilitätsschrauber". Wie man da herauslesen kann, dass man die klassische Automobilindustrie kaputt machen will, verstehe ich überhaupt nicht. Die Automobilindustrie und diejenigen, die die Fahrzeuge instand setzen, müssen sich auch weiterentwickeln. Die Elektromobilität bringt neue Herausforderungen für unsere Werkstätten.

Das heißt, wir haben ganz neue Techniken. Wir werden auch ganz neue Techniken entwickeln müssen. Es geht also nicht gegen die Autoschrauber, sondern um die Weiterentwicklung dieses Berufsbildes für die Mobilität der Zukunft. Den klassischen Autoschrauber gibt es heute schon nicht mehr. Heute hat der Beruf schon viel mit IT und Software usw. zu tun. Das heißt, der klassische Autoschrauber, der nur weiß, wie man eine Schraube anzieht, hat bereits heute auf dem Arbeitsmarkt überhaupt keine Zukunft mehr.

Bei dem Thema – das Sie sagen wollten –,

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege!

Steffen Vogel (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) ob der Mensch einen Einfluss auf den Klimawandel hat, drücke ich es einmal so aus:

(Zuruf von der AfD)

Irren ist menschlich, aber immer irren ist AfD!

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU – Lachen des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

Präsidentin Ilse Aigner: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Hahn, Ebner-Steiner und Maier betreffend "Deutsch als Wissenschaftssprache erhalten" auf Drucksache 18/4309 bekannt: Mit Ja haben 13 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 159 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Als nächster Redner hat der Kollege Dr. Markus Büchler von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Dr. Markus Büchler (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben jetzt den Tagesordnungspunkt 23, und es ist 20:30 Uhr. Eigentlich warten wir auf die feierliche Verabschiedung des Parlaments und die weihnachtlichen Grußworte, und dann kommt ihr mit noch so einem Hochzieher mit einem abstrusen Inhalt daher, der euch schon im Ausschuss links und rechts um die Ohren geflogen ist. Wie kann man sich das erklären? – Auf euch wart' dahoam auch koaner, oder?

(Heiterkeit und lebhafter Beifall bei den GRÜNEN, der CSU, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Ansonsten habe ich nicht mehr dazu zu sagen. Ich schließe mich dem Vorredner und den Ausführungen im Ausschuss an.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CSU, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Gerald Pittner von der Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort.

Gerald Pittner (FREIE WÄHLER): (Beitrag nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben das Ganze im Ausschuss ausgiebig erörtert, und ich denke, dass das Wesentliche dazu gesagt ist. An dem Antrag ist ein Satz richtig; das ist der erste Satz:

Der Landtag stellt fest, dass die freie Mobilität der Bürger ein hohes Gut ist.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLERN)

Daran werden wir uns auch halten. Alles andere, das in dem Antrag und in der Begründung steht, lehnen wir ab, und deswegen lehnen wir auch diesen Antrag ab. – Ansonsten wünsche ich euch allen schöne Weihnachten und einen guten Rutsch; wir sehen uns dann später wieder.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Die Grüße machen wir nachher noch ausführlich, Herr Kollege Pittner. – Als Nächste spricht jetzt die Kollegin Aures von der SPD-Fraktion.

Inge Aures (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich schließe mich den Vorrednern an und wünsche auch frohe Weihnachten und einen guten Rutsch.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD, der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Dr. Kaltenhauser von der FDP-Fraktion das Wort.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist kaum noch steigerungsfähig, aber die AfD bringt mich fast dazu: Vorher sollte ich für Kirchen reden, jetzt müsste ich noch für Steuern reden. Das könnt ihr von einem Liberalen nicht erwarten. – Insofern: Ich glaube, im Ausschuss wurde wirklich alles diskutiert, und dieser Antrag ist so ein Sammelsurium, das kann man nicht ernsthaft diskutieren. – Schöne Weihnachten.

(Beifall bei der FDP, der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die FDP, die CSU, die FREIEN WÄHLER, die GRÜNEN, die SPD und der Abge-

ordnete Plenk (fraktionslos). Enthaltungen? – Herr Kollege Swoboda (fraktionslos.)

Damit ist der Antrag abgelehnt.